

Bezugspreis:

Wochenpreis 45.- M. monatlich 15.- M. ...

Anzeigenpreis:

Die zehnspaltigen Nonpareilzeilen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 8. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Loucheurs Reise nach England.

London, 8. Dezember. (WTB.) Das Reutersche Bureau ...

Paris, 8. Dezember. (EE.) In einer Unterredung mit Marcel ...

Paris, 7. Dezember. (WTB.) Dem „Intransigent“ zufolge ...

Frankreich für ein Moratorium!

Paris, 8. Dezember. (EE.) Es hat den Anschein, als wolle ...

von den Neutralen, den Amerikanern und den Alliierten im großen ...

Die Finanzreform in Oesterreich.

Einstellung der Lebensmittelzuschüsse?

Wien, 7. Dezember. (WTB.) Wie die „Neue Freie Presse“ ...

Garais' Mörder verhaftet!

München, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Täter ...

Dollar 200.

Während an der gestrigen New Yorker Börse die Markt ...

Erst Putschist, jetzt feige.

E. K. Leipzig, 8. Dezember.

Der Hochoerrat wird von allen drei Angeklagten mit der ...

hörten alle drei zu den von den Militärs von vornherein ...

Wird die Verteidigung der Angeklagten durchschlagen? ...

Heute beginnen die Zeugenvernehmungen. Der erste ...

Heraus mit den Steuerzetteln!

Erfassung der Kriegs- und Revolutionsgewinne in ...

Vor kurzem las man in den Zeitungen, daß der Minister ...

Aus diesen Worten durfte man schließen, daß nun endlich ...

Es wäre also nach Ansicht aller redlichen Menschen höchste ...

Vielleicht bringt ein Artikel in Nr. 10 vom 22. November ...

Er bringt einen Erlaß des Reichsministers der Finanzen ...

Dieser Erlaß fordert atademisch gebildete Beamte der ...

- 1. Die wissenschaftlichen und rechtlichen Grundlagen ...

Dann wird weiter verfügt, daß auch Lehrkurse für ...

Der Artikelschreiber empfindet es schwer, keine Satire zu ...

- 1. Ist es sonderbar, daß Akademiker 5 Monate und ...

Doch wir wollen davon absehen, uns mit diesen Fragen ...

So weit ist man also bis heute glücklich gekommen, ...

Sind für diesen Zweck also die 22 Millionen ausge- ...

Warum stellt man denn diese Leute nicht an; warum ...

den gerissenen Industriearbeitern und Pfefferfäden gegenüberstellt. Sie werden gegen Windmühlen kämpfen! Denn was man gegen die schlauen, erfahrenen und raffinierten Geldherren austreten lassen will, das dürfen keine, wenn auch noch so achtenswerten und fleißigen Finanzbeamten sein, weil sie eben naturgemäß doch nur Anfänger, Neulinge ohne Erfahrung in der Buchführung sein können. Hier muß man h a u d e g e n s e n d e n, die sich in jahrzehntelanger Arbeit als C e h r b u c h h a l t e r, Organisatoren, Direktoren in großen kaufmännischen Betrieben Erfahrung und Wissen gesammelt haben, die durch keinen Lehrgang, und wenn er selbst ein paar Wochen oder Monate dauert, ersetzt werden können. Mit einem Wort gesagt: man muß Männer senden, die auf diesem Gebiete gleichwertige geistige Waffen besitzen, wie diejenigen sind, gegen die sie aufkommen und siegen sollen.

Und noch eins: man bezahle sie gut, denn das Großkapital scheut kein Mittel, solche Kräfte zu sich herüberzuziehen und so aus dem geistigen Gegner sich die tüchtigsten Mitarbeiter zu gewinnen.

Man setze aber auch diesen Männern, die in verantwortungsvollen Stellen mit Weitblick und Energie Millioneninteressen vertreten haben und die durchweg reiferen Lebensalters angehören werden, keinen Regierungsrat als Vorgesetzten hin, glaubend, daß nach altem Muster alles Heil nur vom Akademiker kommen könne. Man überlasse ihnen vielmehr die volle Verantwortung und gebe ihnen volle Bewegungsfreiheit für den Buchprüfungsteil. Es ist selbstverständlich, daß ihnen ein höherer Finanzbeamter beigegeben wird, aber nicht als Vorgesetzter, sondern als Gleichberechtigter, der aber nur den steuerrechtlichen Teil zu erledigen hat. Man gehe einmal von der alten Gepflogenheit ab, daß der Akademiker immer über dem „Janzen“ schweben muß, und nehme sich die Großindustrie zum Beispiel, die den Juristen als Berater bezieht.

Herr Reichsminister der Finanzen! Greifen Sie einmal mit eiserner Faust ins Getriebe und sorgen Sie, daß dieses Mal der Gaul nicht von hinten aufgezaunt wird. Es wäre schade um die vielen Milliarden, die durch unrichtige Maßnahmen hier gerade dem Reich verloren gehen könnten und würden.

Stellen Sie sofort die Tüchtigsten und im Charakter absolut Tadellosen, die Buchführung seit Jahren voll und ganz treiben und beherrschen, an und sorgen Sie dafür, daß mit dem 1. Januar 1922 die Buchprüfungen auch tatsächlich beginnen. Tun Sie das und pladen Sie Ihre Beamten neben all den neuen Erlassen, die den Kopf brummen machen, nicht auch noch mit einer Weisheit, die doch nur Firnis werden wird, muß, die in dieser Ausbildungszeit nie aber in Fleiß und Blut übergehen kann. Die Beamten werden bei größter Intelligenz und größtem Fleiß der vielfährigen Erfahrung entbehren, die durch nichts anderes zu ersetzen ist. Sie werden Anfänger sein und Handels- und Industrietreife werden sich gegenseitig im Stillen beglückwünschen, daß man ihnen nur Anfänger auf den Hals schiebt.

Lassen Sie den frischen Gegenwind einmal in diese neuen Stellen hineinblasen, selbst auf die Gefahr hin, daß reaktionäre Geheimräte und Schlotbarone einen Schnupfen davon bekommen.

Kampf um Strefemann.

Strefemann hat auch in Stuttgart auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei die Rechtsopposition nicht ganz niederringen können. Sie scheint jetzt aus Rücksicht auf ihre deutschnationalen Freunde gegen ihn eine Mine gelegt zu haben. Strefemann, so wird berichtet, soll „aus Prestigegründen“ den Vorsitz in der Reichstagsfraktion niederlegen und sich mit dem Vorsitz in der Partei begnügen. Diese Meldung wird von Ripplers neuer „Zeit“ entrüstet als völlig aus der Luft gegriffen zurückgewiesen. Dann wird aber noch mitgeteilt, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei heute über acht Tage zu einer Sitzung zusammenzutreten wird, in der die politische Lage im Anschluß an den Stuttgarter Parteitag erörtert werden soll. Es scheint also doch eine „Ausprache“ notwendig zu sein.

Glückliche Erben.

Von John Schitowski.

Für einen Maler gibt es keine angenehmere Situation, als wenn seine Bilder „von der Stoffleise weg“ verkauft werden. Für die Mehrzahl der Kunstfreunde aber hat diese Situation den Nachteil, daß man von der gegenwärtig fortschreitenden Entwicklung gerade der bedeutendsten heute schaffenden Künstler nur schwer einen Begriff bekommt. Einiges gelangt in öffentliche Galerien, das meiste aber geht direkt aus dem Atelier in Privatbesitzungen oder in die Magazine der Kunsthändler über. Das große Publikum bekommt fast nichts davon zu sehen.

Diesem Uebelstande ein wenig abzuhelfen, ist jetzt die rührige Direktion der Nationalgalerie bestrebt, indem sie in den Räumen des Kronprinzenpalais von Zeit zu Zeit die jeweils „neuesten Ernten“ berühmter zeitgenössischer Künstler der Öffentlichkeit zugänglich machen will. Sie beginnt die Serie mit Mag B e c h s t e i n, von dem sie 26 Gemälde, die alle im Laufe des letzten Jahres entstanden und alle bereits in festen Händen sind, zur Ausstellung bringt. Zum Vergleich dienen 7 Arbeiten, die aus den Jahren 1919 und 1920 stammen und von einem Berliner Privatbesitzer hergelassen sind, sowie die 3 älteren Werke, die zum Besitz der Galerie gehören. Wenn man bedenkt, daß diese 26 Gemälde nur eine Auswahl der jüngsten Jahresernte bedeuten, so wird man über die Fruchtbarkeit des Künstlers erstaunen, und das Erstaunen wandelt sich in Bewunderung, wenn ein tieferes Eingehen auf die einzelnen Werke aus zeigt, daß diese quantitative enorme Leistung frei von jeder Schwablonen- und frei von allen Mitteln einer wohlfeilen Effektmache ist. Ein Streben nach großartiger Gesamtwirkung, nach monumentaler Schlichtheit, nach Vereinfachung und Vertiefung des linearen und koloristischen Ausdrucks tritt von Jahr zu Jahr deutlicher hervor. Wer Becksteins jüngste Entwicklungsschritte nur von den großen Ausstellungen der letzten Jahre her kennt, wo scheinbar eine gewisse Flüchtigkeit und Verflüchtigung zutage trat, der streckt die kritischen Waffen angesichts des Wanders dieser Elite-Kollektion.

Ein Wunder? Die Produktivität Becksteins erscheint fast übernatürlich, wenn man sie mit der Leistungsfähigkeit anderer großer Künstler unserer Zeit vergleicht. Aber sie findet ihre Erklärung schließlich doch in dem Umstande, daß Beckstein nie zu den Suchern und Pflückerern der zeitgenössischen Materie gehörte, sondern seine immense natürliche Kraft von vornherein zielführend in den Dienst einer Richtung stellte, die von anderen bereits vorgezeichnet war. Er ist der vollendete Typus des Glücklichen, der das, was er von seinen Vätern ererbte hatte, selbstständig zu erwerben wußte, um es zu besitzen, zu vervollkommen und in seiner Art zum Gipfel der Vollendung zu führen. In dieser Hinsicht steht er auf derselben Linie mit dem Pariser Henri M a t i s s e, von dem die Galerie Flechtheim (Ruhmstraße 13) gegenwärtig eine qualitativ nicht gerade hervorragende, aber wegen ihrer Reichhaltigkeit sehr instruktive Ausstellung zeigt. Auch Matisse gehört zu den glücklichen Erben, die den Bau, zu dem Gauguin und andere in hellem Rüber die Fundamente legten, mit leichter Handunter Dach bringen. Aber während Becksteins Schaffen durch unwüßliche persönliche Kraft und elemen-

Unabhängige „Stinnes-Leute.“

Die Unabhängigen zur Umsatzsteuer.

Die „Rote Fahne“ pläht, wie das bei ihr so üblich ist, auch heute wieder aus Wut darüber, daß sich einzelne U.S.P.-Führer erlauben, eine andere Meinung zu haben, als sie für richtig hält. Im 11. Ausschuss des Reichstages ist, wie wir gestern berichteten, die U m s a t z s t e u e r durchberaten worden. Dabei haben sich die Unabhängigen ebenso wie unsere Genossen auf den durchaus richtigen Standpunkt gestellt, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten müßten, sie würde im besondern davon abhängig sein, welche Opfer die Besitzenden durch entsprechende Steuern zu bringen gedächten. Diese Selbstverständlichkeit verwandelt die „Rote Fahne“ durch gewaltigen Aufwand von Druderschwärze in einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Kommunisten wieder einmal den Gral des reinen Sozialismus allein beschließen müßten. Nach dem Bericht der „Roten Fahne“ erklärte der Unabhängige Dr. Breitscheid, die grundsätzliche Auffassung seiner Partei habe sich nicht geändert, aber sie verzichtete auf Agitationsreden im Ausschuss. Die Unabhängigen bekennen sich nicht zu dem Prinzip alles oder nichts. Wenn es nicht gelinge, den bisherigen Steuerfuß beizubehalten, würden sie für den Antrag seiner Beschränkung auf 2 Proz. stimmen.

Der Unabhängige Dr. Herz meinte, die Annahme des Antrages der Kommunisten würde nur das Budgetdefizit vergrößern und dadurch die Kaufkraft der Mark weiter schwächen. Die Preise würden dieselben bleiben wie bisher. Der kommunistische Antrag laufe deshalb auf ein 10-Milliardengeschäft an die Kapitalisten hinaus. Die Unabhängigen könnten daher nicht für den kommunistischen Antrag stimmen.

Wegen dieser vernünftigen Beurteilung, sind die Unabhängigen jetzt — Erhalter des Stinnes-Staates.

Münchens U.S.P. für Koalition.

München, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Mitgliederversammlung der U.S.P. Münchens, die sich mit dem Parteitag beschäftigt, hat einen ganz anderen Verlauf genommen als die Versammlung der U.S.P. Berlins. Der mit lebhaftem Beifall aufgenommene Grundgedanke war: Einigung der demokratischen Arbeiterkraft, Teilnahme an der Regierungsgewalt mit bürgerlichen republikanischen Parteien. Der Referent des Abends führte aus: Zentralkomitee und Reichstagsfraktion müßten die Möglichkeit erhalten, auch mit bürgerlichen Parteien, die dem Monarchismus ablehnend gegenüberstehen, eine Regierung zu bilden, in der die sozialistischen Parteien entscheidenden Einfluß haben. Er wies auf das Verhalten der österreichischen Genossen hin. Das Leipziger Programm sei eine Einigungsfrage, nur zu erklären aus der Situation, in der es entstanden ist. Die Partei müsse aus dem Theoretischen herauskommen. Der Parteitag müsse als seine wichtigste Aufgabe die Schaffung einer einheitlichen Internationale ansehen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Das Münchener Organ der U.S.P., die „Morgenpost“, trägt dieser neuen Parole der bayerischen U.S.P. bereits Rechnung und schreibt:

„Der Parteitag muß ein Schritt vorwärts auf dem Wege sein, der deutschen Arbeiterschaft den Einfluß auf die kommenden politischen Entscheidungen zu verschaffen, welche der Stärke ihrer Klassenorganisationen und ihrer Bedeutung in der Produktion entspricht. Es muß Aufgabe des Parteitags sein, der Gesamtheit der Parteigenossen klarzumachen, daß wir unterscheiden zwischen Agitation und praktischer Politik. Es kommt jedoch darauf an, nicht enge Parteipolitik, sondern Klassenpolitik zu treiben. Die U.S.P. wird ihrer wichtigen Mission nur gerecht werden, wenn sie den ersten Schritt tut zu dem Ziele, das alle deutschen Proletarier erleben: die Einigung der deutschen Arbeiterklasse. Selbst wenn politische und sonstige Schwierigkeiten einer organisatorischen Einigung im Wege stehen, so vermögen wir nicht einzusehen, warum nicht in allen praktischen politischen Fragen ein Zusammenarbeiten der einzelnen Fraktionen Platz greifen soll.“

höheren preussischen Mädchenschulen mindestens der dritte Teil der Stunden durch Lehrer gegeben werden müßte, aber an den höheren preussischen Knabenschulen Lehrerinnen überhaupt nicht angestellt würden, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, die öffentlichen Schulen, auch die Mädchenschulen, unter männlicher Leitung ständen.

Ausgrabung des Hauses des Kadmos. Im griechischen Theben hat Dr. Keramopoulos die Ausgrabung des sogenannten Hauses des Kadmos beendet. Es hat sich ergeben, daß es aus zwei Perioden stammt. Die ältere Periode, etwa 1600 bis 1400 v. Chr., schuf die schönen Wandgemälde, die sich vor einigen Jahren fanden, ein Fresko modisch gekleideter Mädchen, die einen mit Blumen, andere mit Rosen und mit kleinen Eisenbesteckungen. Die jüngere Periode, ungefähr 1400 bis 1100 v. Chr., schuf die sehr zerstörten Schachmännchen, welche jetzt ergraben worden sind. In ihnen fand Keramopoulos Basen, darunter etwa 30 mit Inschriften in derselben Schriftform, die Arthur Evans auf Akrotira in Knossos gefunden hat. Einige dieser Inschriften bestehen nur aus 4 Buchstaben, andere aus 10 oder 12. Sie sind symmetrisch angeordnet und nehmen auf den Schachmännchen die Form an. Nun gibt es eine alte Legende, daß Kadmos das Alphabet in Griechenland eingeführt hat, und es ist von besonderem Interesse, hier nun diejenige Schrift kennen zu lernen, die in Theben vielleicht in der Zeit des Kadmos in Gebrauch war. Die neuen thebanischen Inschriften ähneln denjenigen, die sich früher in den anderen alten Burgen des griechischen Festlandes gefunden haben, und nicht der kreischen Schrift, von der diese abgeleitet sind. Der Fund ist jedenfalls der bedeutungsvollste, der sich für die Ursprungsfrage der griechischen Kultur seit langem ergeben hat, und seine Entzifferung wird gewiß die Philologen der ganzen Welt fesseln.

Gemeinsame Erziehung der Geschlechter. In dem von dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung herausgegebenen „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ schlägt der Berliner Schulreformer Dr. Erich Witte für alle Schulen die gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter vor, die in den meisten Staaten von Nordamerika und in verschiedenen anderen Ländern, an den Volksschulen der kleineren Orte auch in Preußen längst eingeführt sei. Nur so sei es möglich, die Kinder besser nach ihrer Begabung, ihrer Neigung und ihren Leistungen zu gruppieren, mehrere kleine Schulen zu einer großen zu vereinigen und dadurch oft die Schulunterhaltungskosten zu verringern. Wegen der seelischen Verschiedenheit der Knaben und der Mädchen sei die gegenseitige Einwirkung aufeinander sehr günstig; die Mädchen, die früher ein größeres Lastgefühl erwarben, könnten auf die wilden Knaben einen erzieherischen Einfluß ausüben. Sittliche Bedenken könnten nicht gegen die gemeinsame Erziehung geltend gemacht werden, denn durch das ständige Zusammensein der Knaben und der Mädchen würde der körperliche N. z. abgestumpft. Die Einführung der gemeinschaftlichen Erziehung an allen Schulen habe auch zur notwendigen Folge, daß an denselben sowohl Lehrer als auch Lehrerinnen zu unterrichten hätten. Mit dem Artikel 128 der Reichsverfassung, wonach alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte zu beseitigen wären, sei es nicht vereinbar, daß jetzt an den

Ein Wirtschaftsabkommen mit Portugal.

Zwischen Deutschland und Portugal ist ein Wirtschaftsabkommen zustande gekommen. Die Unterpunkt diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal liegt nun ungefähr ein Jahr zurück. Der Abschluß eines Wirtschaftsabkommens war mehrfach fast behindert durch den ständigen Wechsel der portugiesischen Regierungen; auch der letzte innerpolitische Umwälzung vor einigen Wochen machte sich nochmals störend bemerkbar. Andererseits drängte die öffentliche Meinung Portugals immer mehr auf Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Deutschland. Leider war es bisher noch nicht möglich, den gesamten liquidierten deutschen Besitz zurückzuerhalten; doch hofft man deutscherseits, auch dieses wirtschaftliche Ziel noch zu erreichen. Portugal ist das erste Land, das Deutschland die volle uneingeschränkte Meistbegünstigung gewährt. Auch von besonderen Valutazuschlägen, die zu befürchten waren, ist der deutsche Export dadurch verschont. Als Gegengabe für das für Deutschland günstige Abkommen mußten wir uns verpflichten, eine gewisse Menge portugiesischer Spezialweine nach Deutschland hereinzulassen; doch ist diese Menge beträchtlich geringer als vor dem Kriege.

Frankreichs Schilling.

Paris, 7. Dezember. (W.B.) Die Agence Havas meldet aus Koblenz: Die Rheinlandkommission, die sofort nach der Verhaftung Smeets benachrichtigt wurde, hat unverzüglich beschlossen, die Fortführung des Beschuldigten aus dem Rheinland zu untersagen. Sie hat außerdem die zuständigen deutschen Behörden aufgefordert, ihr in kürzester Frist genaue Nachrichten über die Gründe und die näheren Umstände der Verhaftung zugehen zu lassen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden demnächst bekanntgegeben werden.

Paris, 7. Dezember. (Havas.) Briand hat heute an Maurice Barres als Antwort auf dessen gestriges Schreiben einen Brief gerichtet, in dem er sagt, daß ihm der Zwischenfall mit Smeets sofortige von französischen Oberkommissar Tirard mitgeteilt worden sei und daß er eine Entscheidung der Rheinlandkommission veranlaßt habe, um zu verhindern, daß Smeets durch die deutschen Behörden in das nichtbesetzte Gebiet gebracht werde. Der Ministerpräsident erklärt in seinem Brief weiter, daß er sich über diese Angelegenheit mit Tirard unterhalten und ihn beauftragt habe, die Rheinlandkommission auf den politischen Charakter dieser Verhaftung hinzuweisen und die Freilassung Smeets zu veranlassen. Im Falle, daß der französische Standpunkt Schwierigkeiten bezeugen würde, wäre die Frage vor die interalliierten Regierungen zu bringen.

Rußlands Hungersnot.

Genf, 7. Dezember. (W.B.) Das Oberkommissariat des Internationalen Hilfsausschusses für das hungernde Rußland teilt mit: Dr. Ranken hat bei seiner Abreise von Saratow nach Samara dem Oberkommissariat folgende Mitteilung zukommen lassen: Ich bin soeben durch die Gegend von Saratow gereist. Die Lage ist sehr ernst und wird von Tag zu Tag schlimmer infolge des zunehmenden Verbrauches aller vorhandenen Vorräte. Trotzdem hat die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe unter vorzüglicher Leitung von Mr. Webster hervorragende Arbeit geleistet und große Erfolge erzielt wie auch die American Relief Administration. Noch vor wenigen Wochen zählte man in Saratow dreißig bis vierzig Todesfälle am Tag. In den Kinder- und Flüchtlingsheimen ist aber dank unserer Küchen die Sterblichkeit gegenwärtig auf 2 bis 3 Todesfälle gesunken. In Jekaterinow ist die Lage schlimmer. Ich rechne auf sofortige Hilfe in großem Maßstabe, anderenfalls wird die Lage verhängnisvoll werden. Überall sind die Behnhöfe voll von Unglücklichen. Der Transport von Lebensmitteln von den Eisenbahnstationen ist bis jetzt mit Hilfe von Lastwagen und Pferden möglich, aber die Hilfe muß möglichst rasch erfolgen, da der kommende Schnee den Transport durch Pferde bald unmöglich machen wird. Während eines Reisetages habe ich an der Straße vierzehn tote Pferde gesehen.

Ein Reflam-Heft 133 Kronen! Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt: Vor dem Kriege konnte man ein Reflam-Büchlein kostgünstig für 20 Heller kaufen. Aber noch vor kurzer Zeit erhielt man es für 48 Kronen. Der Verleger hat es mit 1 M. gerechnet. Nun haben die Verleger am 1. Dezember den Preis auf 2,50 M. erhöht. Der Buchhändler rechnet die Mark mit 40 Kronen, was schon einen Preis von 100 Kronen ergibt. Dazu kommt noch ein Ortszuschlag von 33 Proz., den die Buchhändler neben dem Rabatt, den ihnen der Verleger gibt, erheben. In Wirklichkeit machen aber die Buchhändler noch viel bessere Geschäfte. Haben doch viele von ihnen tausende Heften schon im Jahre, ja aus der Friedenszeit her auf dem Lager. Diese Preisserhöhungen, die es nachtrabe unmöglich machen, ein Buch zu kaufen, sind eine Quelle der Bereicherung für die Buchhändler, die aber ihren Angestellten noch immer die schlechtesten Löhne zahlen.

Deutsches Cyperland. Morgen, Freitag wird „S o s e m e“ zum zweiten Male wiederholt. Bei dieser Gelegenheit singt die Deutsche Armee ersten Male die Hymne, Bernhard Hübel den Rudolf, August die den Rudolf, Adolf Schöpflin den Collin. Dirigent: Ignaz Bachhalter. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Die Jahrfreie Kunstschau im Moabiter Landesausschussgebäude wird am kommenden Sonntag geschlossen. Der wirtschaftlicher Erfolg war sehr erhellend; es wurden bisher Kunstwerke für über 200 000 Mark verkauft.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

In der heutigen Sitzung des Vorkauflichen Reichswirtschaftsrats wurde die Beratung des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes fortgesetzt.

Bedmann (Gewerkschaftsbund der Angestellten): Die Angestelltenkassen kann dem Gesetz nur unter wesentlichen, die Interessen der Angestellten berücksichtigenden Änderungen zustimmen. Unsere Anträge bezwecken die Schaffung einer Zentrale für Angestelltenvermittlung beim Reichsarbeitsamt, der alle Fachabteilungen bei den Landesämtern und in den einzelnen Orten unterstellt werden. Bei Ablehnung dieses Antrages müssen wir uns eine neue Stellungnahme vorbehalten.

Udo (Zentralverband der Angestellten): Wir sind unbedingt für die Beibehaltung der Landesarbeitsämter. Sie sind zwar schlecht verteilt, aber wir müssen sie eben noch wirtschaftlichen Gesichtspunkten verteidigen, nicht nach den früheren Generalkommandorichtlinien. Die große Masse der Angestellten wünscht gar nicht, aus dem Gesetz herauszulassen. Die privaten Arbeitsvermittlungen können ja dann eben ruhig bestehen bleiben. Selbstverständlich wollen wir den Arbeitgebern die Auswahl unter den angebotenen Arbeitskräften überlassen. Wir wünschen, daß das Gesetz nicht wieder künstlich Differenzen schafft.

Nachdem sich für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband **Havermann** dafür ausgesprochen hatte, daß die Angestellten nicht in des Arbeitsnachweisgesetzes einbezogen werden sollten, wies ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums darauf hin, daß in allen anderen Ländern, außer der Tschechoslowakei und Italien, die Angestellten unter die öffentliche Arbeitsvermittlung fallen. Die Kosten der Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes würden insgesamt 150 Millionen Mark jährlich betragen, die Kosten der Landesarbeitsämter würden davon nur 16 Millionen in Anspruch nehmen. Die Landesarbeitsämter sind unentbehrlich, denn wir müssen in der nächsten Zeit mit

großen Umschichtungen der Arbeiterschaft

rechnen und dazu ist der zweiseitige Ausgleich notwendig. Der Entwurf der Arbeitslosenversicherung hat in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht und den Beifall der Interessenten gefunden. Er wird Anfang nächsten Jahres dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden können. Die Arbeitslosenversicherung ist nur möglich bei einem guten Funktionieren der Arbeitsnachweise.

Riedel vom Transportarbeiterverband: Wenn die Arbeitslosenversicherung im großen Umfang vereinheitlicht werden soll, dann dürfen so große Gruppen wie die Angestellten nicht außer Acht gelassen werden. Die bestehenden Arbeitsnachweise werden ja an die amtlichen Organisationen angeschlossen und können wie bisher weiter arbeiten. Deshalb möchte ich den Wunsch aussprechen, daß sich die Angestellten auf den Boden des Gesetzes stellen. Sie erhalten Freiheit genug, um sich weiter zu betätigen.

Kommerzienrat Ephraim geht noch einmal auf die Kostenfrage ein und bezweifelt, daß die vorerwähnten Beiträge die Kosten der Vermerke decken. Er spricht ebenfalls für die Ausschaltung der Angestellten aus dem Gesetzentwurf.

Demgegenüber weist der Vertreter des Arbeitsministeriums darauf hin, daß schon jetzt der größte Teil der Arbeitsvermittlung der Angestellten durch die öffentlichen Arbeitsnachweise versehen wird. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Englands Verständigung mit Irland.

London, 8. Dezember. (E.E.) Der Vertrag von Irland wird in der Form von Entschlüssen dem Parlament am nächsten Mittwoch vorgelegt werden, und zwar im Unterhaus von Lloyd George, im Oberhaus von Lord Birkenhead. Eine Opposition wird im Unterhaus wohl nur von den 50 intransigenten Unionisten ausgehen, die noch immer überzeugt sind, daß man Irland hätte mit Gewalt niederwerfen können. Man betrachtet es in London als möglich, daß die Sinnfein-Abgeordneten, die bisher nie im Unterhaus erschienen waren, zum ersten und einzigen Male der Sitzung am nächsten Mittwoch beiwohnen könnten. Das eigentliche Gesetz, das den Frieden mit Irland zum Abschluß bringt, dürfte wohl erst im Monat März im Unterhaus beraten werden. Die gegenwärtige Session wird nur einige Tage dauern.

Heute mittig findet eine Sitzung des Dail Eireann statt. Deociera drang darauf, daß alle Minister und Abgeordneten anwesend sein, um endgültige Beschlüsse fassen zu können. Die Annahme der Friedensvorschlüsse durch den Dail Eireann ist gewiß. Natürlich werden die Extremisten dagegen ankämpfen, die große Mehrheit wird jedoch die in London gefassten Beschlüsse ratifizieren.

Vom militärischen und konstitutionellen Standpunkt aus wirkt die Bildung des Freistaates Irland eine Reihe von Problemen auf. Die englische Besatzungsarmee wird Irland verlassen, so werden sie auf Kosten Irlands pensioniert, alle mittelständischen Hofämter wie königliche Waffenträger, Senechalls, Erbmundschenten, Hofärzte und Barbier u. a. werden künftig in Irland kommen.

James Craig teilte dem Parlament von Ulster seine Absicht mit, sich heute nach London zu begeben. Ulster hat wegen der neuen Vorschläge noch keine Beschlüsse gefaßt. Bezüglich der Rede Lord Birkenheads in Birmingham verständigte **James Craig** die englischen Minister, man möge das lokale Ulster nicht aufregen und keine solchen Worte aussprechen, wie sie Lord Birkenhead in Birmingham äußerte.

Der Vizepräsident der Sinnfeiner, **Arthur Griffith**, teilte gestern abend mit, daß im Laufe von Besprechungen, die er mit Vertretern der Unionisten von Südirland hatte, die Abfassung eines Projektes versprochen wurde, wonach den Unionisten ihr voller Anteil an der Vertretung ihrer Partei im irischen Parlament zugesichert werden soll.

Lloyd George teilte endgültig mit, daß er Washington im Verlauf der Sitzungsdauer der Konferenz nicht mehr besuchen werde.

London, 8. Dezember. (E.E.) „Times“, „Daily News“ und „Daily Express“ rechnen mit der Möglichkeit baldiger Neuwahlen, möglicherweise im Februar nächsten Jahres.

Der Mädchenmord in Kleppelsdorf.

Hirschberg, 7. Dezember.

In der heutigen unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung bestritt Gruppen entschieden, das ihm zur Last gelegte Mordverbrechen an seiner Tochter **Ursula Schade** begangen zu haben. Es wurden dann Gruppen Verhältnissen behandelt. In der Beweisaufnahme wird als erste Zeugin die Erzieherin der ermordeten **Dorothea Rohrbach** **Berta Zahn** vernommen, die sich im besonderen über das knauserige Verhalten des Vormundes **Bielhad** äußert. Die Millionenerbin von **Kleppelsdorf** erhielt wöchentlich 100 Mark für den Haushalt, und es wurde von ihr verlangt, davon noch die Wirtschaftlerin und zwei Mädchen zu bezahlen!

Ein Lokaltermin auf Schloß Kleppelsdorf

Im Anschluß an die Verhandlung statt. Die Verhandlung begann dort im Billardzimmer im oberen Stockwerk. Der Gerichtshof begab sich aber dann bald nach den Zimmern im Parterre,

zunächst nach dem sogenannten Winterkammer, von dem eine Tür nach der Veranda geht. Die Tür soll nach Angabe der Zeugin **Zahn** stets verschlossen gewesen sein. Die Fenster des Zimmers sind vergittert. Anschließend an dieses Zimmer liegt das Nordzimmer, das in dem Zustand belassen worden war, in dem es sich am Morgen befand. Der Angeklagte ersucht bei Eintritt den Vorsitzenden, ihn vor Beleidigungen zu schützen, da eine Dame von den Zuhörern ihn eben einen Mörder genannt habe. Der Vorsitzende rügt das. In dem Nordzimmer selbst wurde zunächst die Lage der Patronenhülsen erörtert, und zwar lag eine Hülsse vor dem Tisch, eine zweite unter dem unteren Rande einer auf dem Boden stehenden Tischhülle und die dritte rechts davon unter dem Tischkettenschiff. Die Zeuginnen **Mende** und **Hirsch** müssen dann die Lage demonstrieren, wie die beiden Gelehrten damals gelegen haben. Der Sachverständige **Dr. Peters** gibt Aufschluß über die Schüsse. **Dorothea Rohrbach** hatte einen

Schutz in die Brust

erhalten, der in den Hals gedrungen war. Ein zweiter Schuß ging vom Genick aus. Der auf **Ursula Schade** abgefeuerte Schuß war ein Stechschuß. Der Schußkanal befindet sich über den rechten Augenbrauen. Die Dienstmädchen **Mende** und **Hirsch** geben an, in welcher Lage sie die Leichen gefunden haben. **Dorothea Rohrbach** habe den Kopf in einer Blutsacke, aber über den durch das Zimmer gehenden Käufer gelegen. **Ursula Schade** am Kleiderschrank. Links von ihr am Knie lag der Revolver. Die **Mende** hat als erste das Nordzimmer betreten. Sie hot die am Boden liegende **Rohrbach** an den Arm gefaßt und beim Namen gerufen. In die im Nordzimmer geführten Verhandlungen griff Gruppen lebhaft ein, sah sich die eingetrockneten Blutlachen genau an und beantragte u. a. die Entfernung zwischen der Lage der Leichen und den aufgefundenen Patronenhülsen zu messen. Das Gericht begab sich sodann nach der Küche und stellte fest, daß es unmöglich sei, dort Schüsse, die im Nordzimmer gefallen seien, zu hören. Dann wurden die Räume im Obergeschoß besichtigt und festgestellt, wo und an welchen Stellen sich zur Zeit der Mordtat Gruppen, **Frl. Zahn**, **Frau Eckert**, **Frl. Mohr** und die kleine **Irma Schade** aufgehalten haben. Nach der Besichtigung wurden die Verhandlungen im Saale des Schlosses fortgesetzt. Vorher fanden noch

Schießversuche im Nordzimmer

statt, die von einem Schießsachverständigen im Beisein des Anklägers und zweier Zeugen vorgenommen wurden. Gruppen hatte sich energisch dagegen ausgesprochen, daß die Schießversuche, wie es anfangs beabsichtigt war, in seiner Abwesenheit vorgenommen wurden.

Groß-Berlin

Straßenbahn-Oberzenfor Giese.

Ihm kam die Fahrpreiserhöhung zu spät.

Dr.-Ing. Giese, der im selb entschlossenen Zweckerband **Groß-Berlin** zuletzt als Stellvertreter des Verbandsdirektors diente und jetzt an der Technischen Hochschule Charlottenburg als Professor für großstädtisches Verkehrswesen lehrt, hat im „Berliner Tageblatt“ seine Meinung über die neueste Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises bekanntgegeben. Er will glauben machen, daß die im Sommer beobachteten Anfänge einer wirtschaftlichen Gesundung des Straßenbahnunternehmens ohne erhebliche Bedeutung gewesen seien und daß schon im September bei der damaligen Lohnerhöhung auch die Fahrpreise hätten erhöht werden müssen. In Anschließung daran sagt er:

„Wenn man bedenkt, welche Rolle die Uberschüsse der Berliner Straßenbahn bei der letzten Stadtverordnetenwahl gespielt haben, so findet man ja auch un schwer den Schlüssel für diese mehr als eigenartige Tarifpolitik.“

Jetzt antwortet im „Berl. Tagebl.“ der Stadtbaurat **Dr.-Ing. Adler**, der Leiter des Berliner städtischen Verkehrswesens. Gegenüber den Behauptungen Gieses erklärt er:

1. Die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung lag damals nicht vor. Die Straßenbahnverwaltung war damals in der Lage, die Mehrerträge für die Löhne auszubringen und darüber hinaus noch umfangreiche Erneuerungsarbeiten durchzuführen im Betrage von 7,1 Millionen Mark im August und 6,1 Millionen Mark im September. Der Halbjahresabschluss April-September ergibt auch die Möglichkeit, außerdem 9 Millionen Mark für die Kammerverwaltung zurückzustellen, Beträge, die im vorigen Jahr nicht zur Verfügung standen, die aber unbedingt noch höher anzustreben sind. Auch der Abschluß des folgenden Monats Oktober, in dem bereits eine teilweise Teuerung eingetreten war, zeigt ähnliche Rücklagen und Abgaben vor, wobei auch noch für außerordentliche Erneuerungsarbeiten wieder 6,7 Millionen Mark ausgegeben werden konnten.

2. Die außerordentliche Teuerung, die zu der Tarifierhöhung am 1. Dezember geführt hat, war im September nach nicht vorzusehen. Im September beginnend, ist bekanntlich der Dollar von 80 zunächst langsam und stetig, dann im November sprunghaft auf über 300 gestiegen, um sich jetzt wieder auf über 200 zu erholen. Ihm sind die Baustoffpreise, die Stromkosten und die Ausgaben für Löhne und Gehälter gefolgt, und zwar die Preise der vom Ausland zu beziehenden Baustoffe, darunter auch das für die Straßenbahn besonders wichtige Kupfer, sofort. Die aus dem Inlande kommenden Baustoffe sowie die Gehälter und Löhne sind noch in stetigem Steigen begriffen.

Dieser unerwarteten, sprunghaften Entwertung des Geldes mit ihren Folgererscheinungen müssen sich nunmehr die Straßenbahntarife anpassen. Allerdings ist die weitere Entwicklung unseres Wirtschaftslebens heute unbestimmter denn je. Infolgedessen ist auch die Auswirkung der neuen Tarifierhöhungen — die gleichzeitig von den übrigen Verkehrsunternehmen vorgenommen werden — auf die Wirtschaftslage der Berliner Straßenbahn nur für die allernächste Zeit mit Sicherheit vorzusehen.

Mit seiner verächtlichen Anspielung auf die Stadtverordnetenwahlen macht **Giese** sich die Kampfesweise zu eigen, die wir vor den Wahlen aus den Zeitungsartikeln, Flugblättern und Versammlungsreden der Bürgerlichen und besonders der Deutschvolksparteiler und der Deutschnationalen zur Genüge kennengelernt haben. Im Jahre 1920, als der Posten eines Leiters des Berliner städtischen Verkehrswesens befehrt werden sollte, mußte Herr **Giese** erleben, daß **Adler** ihm vorgezogen wurde. Wäre damals **Giese** gewählt worden, so hätte die Berliner Bevölkerung, wie jetzt aus seinem „Tageblatt“-Artikel zu sehen ist, schon vom September 1921 ab einen über 1 Mark hinausgehenden Straßenbahnfahrpreis zahlen müssen.

Herr **Giese** läßt übrigens auch durchblicken, daß er bereit wäre, dem Privatkapital wieder den gewünschten Einfluß auf die Straßenbahn der Stadt zu verschaffen. Zur — Verbilligung?

Die Notlage der Stadt Berlin.

Oberbürgermeister **Böhl** hat die Berliner Reichstagsabgeordneten sämtlicher Parteien am Montag zu einer Besprechung im Stadtverordnetenversammlungssaal eingeladen, um ihnen Aufklärung über die finanzielle Lage der Stadt Berlin zu geben. Wie wir gemeldet haben, ist nicht nur die Stadt Berlin, sondern auch der gesamte Deutsche Städtebund bei der Reichsregierung wegen der Gewährung einer Beihilfe dringend vorstellig geworden, da die den

Gemeinden überwiesenen Steuererlässe nur zur Beilegung der in Folge der Teuerung wachsenden Unkosten bei weitem nicht ausreichen. Berlin insbesondere hat die letzten Gehalts- und Lohnerhöhungen nur bewilligt in der Hoffnung, daß ihm vom Reiche in der einen oder anderen Weise eine besondere Beihilfe zuteil wird.

Im Kellerschacht erstickt.

Zwei Kohrleger als Opfer ihrer Arbeit.

Ein furchtbares Ende bei ihrer gefährlichen Berufsarbeit fanden gestern der 62 Jahre alte Kohrleger **Wilhelm Jansch** aus der Tempelhofer Str. 21 zu Schöneberg und der 57 Jahre alte Helfer **Robert Becke** aus der Behrer Str. 54. Die beiden Männer hatten an der Gasleitung im Kellerschacht einer Latrinenanlage auf dem Schulgrundstück **Derflingerstr. 18** zu tun. Hierbei muß, ohne daß sie es merkten, Gas in einer so großen Menge ausgeströmt sein, daß sie in dem engen Schacht das Bewußtsein verloren und hilflos erstickten. Als auf Veranlassung des Schulwarts die Feuerwehr sie herausholte, waren beide Männer schon tot. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Bei dem Großfeuer in der **Wahmannstraße**, über das wir im heutigen Morgenblatt berichteten, sind mehrere Angehörige der Feuerwehr zu Schaden gekommen. Oberfeuerwehrmann **Biegl** und der Feuerwehrmann **Kohler** erkrankten auf der Brandstelle so schwer an Rauchvergiftung, daß sie nach dem Krankenhaus **Am Friedrichshain** geschafft werden mußten; andere Feuerwehrmänner erkrankten später auf der Wache.

Ein erster Schritt zur Schulgeldstaffelung.

Die längst versprochene Abstufung des Schulgeldes der höheren Schulen Groß-Berlins nach Einkommen und Wirtschaftslage der Eltern ist bisher nicht durchgeführt worden. Jetzt kommt endlich aus dem Rathaus die Meldung, daß der Magistrat beschließen hat, an den höheren städtischen Schulen in Groß-Berlin das Schulgeld von 500 Mark nur von den Steuerpflichtigen einzuziehen, die ein größeres Einkommen versteuern. Eltern mit geringerem Einkommen sollen in Zukunft für ihre Schulkinder ein ermäßigtes Schulgeld, d. h. ein Schulgeld nach sinkenden Sätzen, am Einkommen bemessen, zahlen. — Weiter erfährt man noch nichts darüber, wie weit das Schulgeld gesenkt werden soll.

70 Prozent Höchstmietenzuschlag.

In unserer heute früh mitgeteilten Nachricht über den neuen Höchstmietenzuschlag, die uns vom Magistrat zugegangen war, ist eine Zeile ausgefallen. Der Magistrat hebt hervor: „Unberührt bleiben die laufenden Verträge.“

Aufforderung an alle Oberschlesier.

An die deutschen Landsteuere, die aus den an Polen abgetretenen Gebieten von Posen und Westpreußen stammen und noch immer nicht in den Besitz der für sie notwendigen Urkunden ihres Heimatortes gelangen konnten, ergeht nunmehr die Aufforderung, die für sie und ihre Kinder benötigten Urkunden schleunigst bei der Geschäftsstelle der Bezirksgruppe Groß-Berlin der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, **Französische Straße 59**, aber nur schriftlich, zu beantragen. Allen Anträgen sind ganz genaue Angaben über Ort, Jahr und Tag der Geburt, sowie der Beurkundungsstellen (Standesamt, Pfarramt, Amtsgericht) beizufügen. Kosten erwachsen hierdurch nicht.

Kein Brennholzaufschub in Charlottenburg.

Der Städtische Pressedienst der Stadt Charlottenburg nimmt Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Einwohner des ehemaligen Stadtgebietes Charlottenburg auch heute noch verpflichtet sind, Küchenabfälle vom Hausmüll zu trennen und in die in den Höfen stehenden Gefäße zu tun, die regelmäßig von den Beauftragten des Bezirksamtes Charlottenburg, und zwar hauptsächlich von Molkereien und Kleinviehhaltern entleert werden. Auch werden Straßen — Gehsteige und Hof — angebrocht. — Es ist doch ein etwas merkwürdiger Zustand, daß die Hausfrauen gezwungen werden, für die Molkereien und Kleinviehhalter zu sorgen, ohne daß die Frauen das Recht haben, eine Gegenleistung dafür zu beanspruchen. Da auch Küchenabfälle heute einen Wert haben, sollten die alten Bestimmungen fallen gelassen und auch den Charlottenburgern für ihre Küchenabfälle Brennholz eingetauscht werden.

Nordverletzt im Humboldthain. Bewußtlos, aus einer Kopfwunde blutend, wurde gestern abend um 7 Uhr im Humboldthain eine 36 Jahre alte Frau **Dorothea Urban** aus der Soldiner Straße 102 aufgefunden. Man brachte sie nach dem Virchow-Krankenhaus, wo die Ärzte eine schwere Schußverletzung feststellten. Die Kugel steckt noch im Kopfe. Die Revolverpolizei nahm sofort die Nachforschungen auf, ermittelte als den Täter den **Chemmann**, der von seiner Frau getrennt lebe, und nahm ihn wegen versuchten Mordes fest.

Kohlenhändler ohne Gemeininn. Die vereinigten Kohlenhändler im 15. Verwaltungsbezirk hatten eigentlich die Gemeindeverwaltung beschuldigt, daß sie bei den städtischen Verkaufsstellen eingetragenen Kunden die Britetts bis zum 3. Dezember noch zu dem alten, bekanntlich ab 24. November erhöhten Preise abgeben und dadurch die Gesamtheit der Steuerzahler geschädigt habe. Das Bezirksamt erklärt jetzt öffentlich diese Beschuldigung der Kohlenhändler als falsch und ungehörig. Die Gemeindeverwaltung habe nur das übliche Verfahren der Händler, die Preiserhöhung sofort für alle auf Lager befindliche Ware eintreten zu lassen, nicht mitgemacht, sondern sie habe die zum alten Preise erworbenen Kohlen an Kunden, die den ihnen zustehenden Bedarf noch nicht gedeckt hatten, zum alten Preise verkauft. Eine Schädigung der Steuerzahler könne dadurch nicht eintreten.

Jahreskartenreklame auf der Eisenbahn. Auch die Eisenbahnverwaltung will jetzt die Rückseiten der Fahrkarten zu Reklamezwecken ausnutzen. Die ersten dieser „Reklamefahrkarten“ werden demnächst von den einzelnen Fahrkartenausgaben im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr ausgegeben werden. Die Karten sollen sofort nach Lieferung zur Ausgabe gelangen. Zunächst handelt es sich um verjüngte in beschränkter Anzahl auszugebende Karten, nach deren Ausgabe der Verkauf von Fahrkarten ohne Reklamaufdruck wieder fortgesetzt werden soll.

Rückkehr eines für tot erklärten Kriegsteilnehmers. Aus Parteitellen wird uns mitgeteilt, daß der Vater eines Mitgliedes des Zentralverbandes der Angestellten, der seit circa 5 Jahren auf der Kriegsruhlustliste steht und bereits gerichtlich für tot erklärt ist, Anfang nächsten Jahres aus der Kriegsgelangeschaft aus Ulster zurückkehren wird, und zwar nach seiner eigenen jetzt eingegangenen Mitteilung an die Angehörigen. Dieser befreundete und seltsame Fall beansprucht die Aufmerksamkeit der Behörden, da die Frage nahe liegt, ob nicht doch etwa noch mehr Kriegsgelungene zurückgehalten werden, ohne daß die Deckungsliste in Deutschland etwas davon weiß.

Eine große Bekügel- und Kaninchenhaut der Brandenburger Provinzialverbände für Geflügel- und Kaninchenhaut findet in der Zeit vom 9. bis einschli. 11. Dezember 1921 in den Räumen der Wollhalle auf dem **Wappertshof** Berlin-Friedrichshain (Gaststätte Friedrichshain) statt. Die Ausstellung ist täglich von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederkehrenden Regenschauern und lebhaften westlichen Winden.

